



**Dr. Stephan Eisel**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 – 77088

[stephan.eisel@bundestag.de](mailto:stephan.eisel@bundestag.de)

# Medienmitteilung

---

Nr. 46/09

3. Juni 2009

## **Endlich Erfolg bei Jobticket für Bundesbedienstete**

Erleichtert zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel über die Einigung des Verkehrsverbundes Bonn Rhein-Sieg (VRS) mit dem Bund über eine Jobticket-Regelung für Bonner Bundesbedienstete: „Bis zur Einigung hat es sehr lange gedauert, die Verhandlungen standen mehrfach vor dem Abbruch und es bedurfte vieler Interventionen, damit eine sinnvolle Lösung erreicht werden konnte. In Berlin wurde das Thema schon gegen uns gewendet. Man warf uns vor, Bonn habe offenbar kein Interesse am Bund als größten Arbeitgeber. Deshalb ist die Einigung jetzt nicht nur für die Beschäftigten bei den Bundesbehörden eine gute Nachricht, sondern auch wichtig im Blick auf unsere Glaubwürdigkeit als Bundesstadt und bei der Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin.“

Vor über einem Jahr hatte der VRS im Rahmen routinemäßiger Überprüfungen damit begonnen, Jobticket-Verträge mit Bundesbehörden zu kündigen. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob der Bund als einheitlicher Arbeitgeber anzusehen ist, oder jede Behörde getrennt betrachtet werden müsse, wodurch bestimmte Quoten für den Erwerb des Jobtickets nicht mehr erreichbar gewesen wären: „Jetzt können ab 2010 alle Mitarbeiter der Bundesbehörden, deren Sitz innerhalb des VRS-Verkehrsgebietes liegt, zentral ein Dauerticket erwerben, das an die Bedingungen des VRS-Jobtickets angelehnt ist.“

Eisel, der seit Sommer letzten Jahres in engem Kontakt mit beiden Verhandlungsseiten stand, lobte die Stadtwerke Bonn, die sich innerhalb des VRS nachdrücklich für eine Lösung eingesetzt hätten. Das neue Konzept war in intensiven Gesprächen mit dem Bund – wo die Federführung beim Bundesinnenministerium lag – verhandelt worden. Die Verhandlungen zogen sich über ein Jahr hin und mussten mehrfach verlängert werden. Beim Bund arbeiten in Bonn ca. 20.000 Menschen, davon etwa die Hälfte in Bundesbehörden, die dem Bund direkt zugeordnet sind.